

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/1697

## Stellungnahme des Sozialverbands VdK Nord e. V.

Zu: Pflegende Angehörige entlasten – ambulante Versorgung sicherstellen  
der Fraktion der SPD – Drucksache 20/480

Zu: Pflegende Angehörige anerkennen, stärken und vor Armut schützen  
der Fraktion des SSW – Drucksache 20/535

Zu: Bedingungen in der pflegerischen Versorgung anpassen, pflegebedürftige Menschen  
und ihre Angehörigen besser unterstützen  
der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 20/536

An den  
Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Katja Rathje-Hoffmann, Vorsitzende des Sozialausschusses  
Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Sozialverband VdK Nord e. V.  
Landesverbandsgeschäftsstelle  
Hasseldieksdammer Weg 10  
24116 Kiel

Telefon: 0431 69023168  
Telefax: 0431 69023169  
E-Mail: nord@vdk.de

Kiel, 29.06.2023

Der Sozialverband VdK Nord e.V. bedankt sich für die Möglichkeit, eine Stellungnahme einbringen zu können. Als Teil des größten Sozialverbands Deutschland mit 2,2 Millionen Mitgliedern vertritt der VdK Nord die Mitgliederinteressen in Schleswig-Holstein. Die Sozialrechtsberatung und das soziale Engagement im Ehrenamt zeichnen den Verband aus. Zudem werden die sozialpolitischen Interessen der Mitglieder, insbesondere der Rentner, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sowie Pflegebedürftigen und deren Angehörigen vertreten. Als gemeinnütziger Verband finanzieren wir uns allein durch Mitgliedsbeiträge und sind parteipolitisch und konfessionell neutral.

## Vorbemerkung

Der Alarmismus in der Pflege war schon immer recht hoch. Es gab aber noch nie zuvor eine sich so deutlich abzeichnende Unterversorgung, die leider systematisch nirgends erfasst wird. Gerade in der häuslichen Pflege, die mit 84 Prozent der dort versorgten Pflegebedürftigen den Hauptschwerpunkt der pflegerischen Versorgung bildet, gibt es deutlichen Handlungsbedarf. Um ein umfassendes Lagebild zu erhalten, hat der Sozialverband VdK im Jahr 2021 eine der größten Studien zur häuslichen Pflege mit 54.000 Teilnehmern durchführen lassen. Die Ergebnisse sind evident. Sie zeigen, wo Versorgungspotenzial gehoben werden kann und worin hoher Handlungsbedarf besteht.

Die jetzt beschlossene Pflegereform schafft es mit seinen Regelungen jedenfalls nicht, die Versorgungsressourcen zu aktivieren. Sie schafft es auch nicht, für eine nachhaltige Finanzierung zu sorgen. Dieser ambitionslose Stil in der Pflege angesichts des noch bevorstehenden demografischen Anstiegs an Pflegebedürftigen und der Abnahme der Fachkräfte wird sich in den nächsten Jahren bitter rächen. Ein Richtungswechsel muss her – die Gruppe der pflegenden Angehörigen muss endlich als wichtigste Säule der Pflege im Zentrum des Handelns stehen.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir positiv wahr, dass sich die Landtagsfraktionen erneut mit Lösungen für die schwierige Situation der häuslichen Pflege auseinandersetzen. Wir haben uns entschieden, Stellung zu für uns wichtigen Punkten aus den Anträgen zu nehmen.

## Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze

### Bewertung des Sozialverbands VdK Nord

Wir teilen die Anliegen der Anträge für einen bedarfsgerechten Ausbau der Angebote zur temporären Entlastung von pflegenden Angehörigen. Wir erhalten immer wieder Nachricht von Mitgliedern, die monatelang ohne professionelle pflegerische Unterstützung auskommen mussten, weil es vor Ort keine freien Kapazitäten an Kurzzeitpflegeplätzen gab. Es ist darauf hinzuwirken, dass die Kurzzeitpflegeplätze, die ausschließlich dafür zur Verfügung stehen, ausgebaut werden – auch indem Standortbeschränkungen weitgehend gelockert werden. Daneben muss sich das Land stark machen für eine verbindliche Quote in allen Pflegeeinrichtungen für Kurzzeitpflege. Dafür ist in der Pflegeversicherung eine entsprechende Finanzierung einzuführen. Weiter braucht es geeignete Strategien zur Gewinnung von weiteren Fachkräften sowie ein Umdenken, Pflegeeinrichtungen als Investment zur Gewinnerzielung zu betrachten und zu bewirtschaften.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur besseren Vereinbarkeit ist die Schaffung von mehr Tagespflegeplätzen. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Tagespflege, vergleichbar nach dem eines Kitaplatzes nach dem ersten Lebensjahr. Gibt es nicht ausreichend Plätze vor Ort, muss die Möglichkeit bestehen, einen Ersatz in Form einer privat organisierten Tagespflegeperson zu erhalten.

Zudem nutzen pflegende Angehörige die Tagespflege oft nicht bedarfsdeckend, weil die Pflegeversicherung sich an den Kosten nur bis zu einer bestimmten Summe beteiligt. Alle übersteigenden Pflegekosten sowie weitere Kostenanteile wie Investitionskosten muss der Betroffene selbst tragen. Das überfordert die finanzielle Leistungsfähigkeit vieler Pflegehaushalte. Auch bemängeln wir, dass viele Betroffene mit herausfordernden Verhaltensweisen gar keinen Tagespflegeplatz erhalten und regelmäßig abgewiesen werden.

## Pflegekonferenzen

### Bewertung des Sozialverbands VdK Nord

Gut finden wir, dass unsere Forderung nach regionalen Pflegekonferenzen, die wir bereits in unserer Stellungnahme von 2022 zum Bericht zur Situation pflegender Angehöriger in Schleswig-Holstein ausgesprochen hatten, aufgegriffen wird.

Aufgaben sollten hier die Mitwirkung bei der Planung, Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur, die Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements und Bildung kooperativer Netzwerke auf kommunaler Ebene sein.

Die Pflegekonferenzen bringen alle Akteure, die Angebote und Leistungen im Sozialraum erbringen, regelmäßig zusammen: die kommunalen Vertreter, Pflegeanbieter, Vertreter der Pflegekassen, Beratungsinstanzen, die Aufsichtsbehörden der Pflege und Betroffenenverbände – Sozialverbände, Seniorenräte, Selbsthilfegruppen. Dadurch kann es gelingen, ein realistisches Bild über die Versorgung vor Ort zu erhalten, rechtzeitig Steuerungsinstrumente einzusetzen, um Unterversorgung entgegenzuwirken, neue Versorgungsformen etwa in Bezug auf ein Quartiersmanagement gemeinsam zu entwickeln. Wichtig wäre noch, aus den Pflegekonferenzen heraus Arbeitskreise zu aktuellen Themen zu bilden.

## Landesplan / Landespflegeausschuss

### Bewertung des Sozialverbands VdK Nord

Die Einrichtung regionaler Pflegekonferenzen sollte Element einer Pflegestrukturplanung sein, insofern begrüßen wir den Vorschlag des SSW nach einem Landesplan. Wir haben auch hierzu bereits im Vorjahr angemahnt, wie wichtig den Pflegehaushalten die lokale Infrastruktur an Unterstützungsmöglichkeiten ist und gefordert, dass alle Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein eine gesetzlich festgeschriebene kommunale Pflegestrukturplanung durchführen. Darin enthalten sein muss der Ist-Zustand der Angebotslandschaft (formelle und informelle Angebote) sowie eine Planung zur Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotslandschaft.

Eine Weiterführung der Gespräche im Landespflegeausschuss, wie von CDU und Bündnis 90/Die Grünen gewünscht, sehen wir als gute Ergänzung und begrüßen auch, dass jetzt auch eine Vertretung der pflegenden Angehörigen als Mitglied vertreten ist. Wir regen hier aber an, die Sitzungen des Landespflegeausschusses öffentlich zu gestalten, um Transparenz bei Entwicklungsprozessen und relevanten Entscheidungen in der pflegerischen Versorgung zu ermöglichen.

## Pflegestützpunkte / Lotsen / Gemeindeschwestern

### Bewertung des Sozialverbands VdK Nord

Dem Vorschlag nach einer Stärkung der Pflegestützpunkte stimmen wir ausdrücklich zu. In Schleswig-Holstein gibt es zwar mittlerweile in fast jedem Kreis bzw. jeder kreisfreien Stadt einen Pflegestützpunkt. Angesichts steigender Zahlen von Pflegebedürftigen und dem damit einhergehenden erhöhten Beratungsbedarf ist jedoch eine personelle Aufstockung flächendeckend unbedingt erforderlich. Um eine wohnortnahe Beratung gewährleisten zu können, muss aber auch das Angebot an Außenstellen erweitert werden, insbesondere im Nordwesten Schleswig-Holsteins.

Der personelle Ausbau ist auch insofern geboten, da für aufsuchende Beratung und psychologische Unterstützung den Pflegestützpunkten aus unserer Sicht eine zentrale Rolle zukommen sollte, um klare Zuständigkeiten zu schaffen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Zu den gesetzlich festgelegten Aufgaben von Pflegestützpunkten gehört nach §7c SGB XI ohnehin nicht nur Beratung, sondern auch Koordination und Vernetzung.

Vorstellbar ist für uns hier die Bündelung der Versorgungsangebote: Beratung über ambulante und stationäre Angebote, Beratung zum Thema Wohnen und Barrierefreiheit, Selbsthilfeangebote, niedrigschwellige Angebote wie Gemeindeschwestern, Nachbarschaftshilfen, Besuchsdienste. Wir empfehlen ausdrücklich die Einbeziehung ehrenamtlicher Strukturen in das Konzept.

In dem Zusammenhang finden wir, dass in den Anträgen Angebote für eine psychosoziale Beratung zu kurz kommen. Die VdK-Studie zeigt, dass mehr als die Hälfte der Befragten über Anzeichen einer Depression klagten. Viele sehen sich neuen Aufgaben gegenüber, denen sie sich nicht gewachsen fühlen, müssen Situationen bewältigen, die sie nicht für möglich gehalten haben und müssen sich Unsicherheiten und Konflikten in der Familie oder Partnerschaft stellen, die sie zu schaffen machen. Zur Stabilisierung braucht es eine regelmäßige, den Pflegealltag begleitende psychosoziale Beratungsstruktur mit entsprechend qualifizierten Kräften – also mehr als einen Gesprächskreis.

Ein solches, vom Sozialministerium finanziertes Angebot gab es in Schleswig-Holstein bis 1995 unter der Bezeichnung „Therapeutische Gesprächsgruppen für Angehörige“. Mit Einführung der Pflegeversicherung wurde es von den Pflegekassen nicht übernommen, sondern wandelte sich in Pflegekurse für Angehörige. Noch heute treffen wir Teilnehmende aus diesen Gruppen, die rückblickend versichern, dass sie ohne dieses Angebot entweder die Pflege nicht übernommen hätten oder über die Jahre nicht hätten leisten können.

Mit dem gegenseitigen Wissen der Pflegesituation der Teilnehmenden hatte sich untereinander eine entlastende Unterstützungsstruktur entwickelt. Insgesamt hat das Angebot nachhaltig zur Stabilisierung der häuslichen Pflege beigetragen. Eine begleitende psychosoziale Beratungsstruktur im Pflegealltag für Angehörige mit Einzel- und Gruppensitzungen mit Quartiersverortung sollte somit als standardisiertes Angebot wieder eingeführt werden.

## Finanzielle Unterstützung

### Bewertung des Sozialverbands VdK Nord

Wir haben uns in der Vergangenheit regelmäßig für eine finanzielle Sicherheit der pflegenden Angehörigen ausgesprochen. Daher unterstützen wir die Forderung des SSW nach einer Lohnersatzleistung und rentenrechtlichen Anerkennung von Pflegezeiten. Die Höhe sollte sich nach dem Aufwand der Pflege richten, nicht nach dem letzten Gehalt. Die Pflege durch eine Geringverdienerin ist genauso viel wert wie die Pflege durch einen Gutverdiener. Zudem hilft er insbesondere Frauen, die bereits ihre Wochenarbeitszeit reduziert oder ihren Job ganz aufgegeben haben, sowie Eltern von pflegebedürftigen Kindern.

Auch begrüßen wir ein flexibel einsetzbares Entlastungsbudget. Jede Pflegesituation ist so hochindividuell, aber darauf nehmen die bisherigen Einzelleistungen keine Rücksicht. Pflegebedürftige und deren Angehörige sind keine homogene Gruppe, daher ist gerade die flexible Nutzung durch ein Pflegebudget besonders wichtig. Die VdK-Pflegestudie hat gezeigt, dass schon die Erkrankung, die zur Pflegebedürftigkeit führt, Einfluss auf die Leistungsanspruchnahme hat. Es ist im Sinne der zukünftigen Sicherstellung der Versorgung, dass hier eine Antwort gefunden werden muss – in Form einer umfassenden Budgetlösung.

## Kurzzeitpflege-Portal

### Bewertung des Sozialverbands VdK Nord

Den Vorschlag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene weiter für ein digitales Kurzzeitpflege-Portal einsetzen soll, ist aus unserer Sicht richtig. Leider ist dieses von der Bundesregierung gestrichen worden, was wir aufs Schärfste kritisieren. Dabei wäre es für jeden Pflegeunternehmer zumutbar gewesen – in Anlehnung an Buchungsportale für Hotelzimmer – darzustellen, in welchen Zeiträumen ein Kurzzeitpflegeplatz frei oder belegt ist. Wir verweisen hier auf die App-Lösung in Nordrhein-Westfalen, die freie Heim- und Kurzzeitpflegeplätze anzeigt.

Das Umsetzungsproblem, den schwierig abzubildenden ambulanten Leistungsbereich mit aufzunehmen, kann begegnet werden, indem eine Umstellung auf Zeitkontingente erfolgt und nicht mehr die Leistungsmodule angeboten werden. Der Kreis der Profiteure wäre sehr groß, angefangen von Eltern von pflegebedürftigen Kindern, die oft vergeblich ein extra für sie zugeschnittenes Angebot suchen, über Personen der Pflegeberatung bis hin zum Entlassmanagement.

## **Projekt Autonome Ambulante Pflegeteams**

### **Bewertung des Sozialverbands VdK Nord**

Leider können wir zum Projekt „Autonome Ambulante Pflegeteams“ keine Stellung nehmen, da uns Ergebnisse dazu nicht vorliegen, obwohl die Modellphase bereits im November 2022 abgeschlossen war. Insofern überrascht uns das gewünschte Vorgehen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, das Projekt fortzuführen und zusätzlich die Erkenntnisse mit Experten zu diskutieren und auszuwerten.